



# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 12. MAI 2022



## „LEBENSLAGEN IN BREMEN“ – BÜRGERSCHAFT DEBATTIERT BERICHT



Birgitt Pfeiffer



Jasmina Heritani



Volker Stahmann

**Die Bürgerschaft hat heute in einer ausführlichen Aussprache den dritten Bericht des Senats „Lebenslagen in Bremen“ debattiert. Damit haben wir nun ein umfassendes Werk, das die Lebenslagen in Bremen differenziert aufbereitet, Armut und Reichtum in unserem Bundesland beschreibt und aus verschiedenen Perspektiven Strategien gegen Armut aufzeigt“, betonte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer. Auch Jasmina Heritani und Volker Stahmann, in der SPD-Fraktion zuständig für Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, kommentierten den Bericht in der Debatte.**

Der Bericht beleuchtete, dass die Lebenslagen in Bremen sich fundamental nach dem Wohnort der Menschen unterscheiden, erklärte Pfeiffer. In einigen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens sei die Lage besorgniserregend. „Armut erleben wir hier in einem Ausmaß, das erschreckt, und das niemand hier in diesem Haus jemals auf die leichte Schulter genommen hätte“, so die Sozialdemokratin.

Aus diesem Grund investiere das Land seit vielen Jahren in Programme, die lokale Lösungen entwickelten und Sorge dafür, dass möglichst viele konkrete Angebote, Projekte und Maßnahmen dezentral und bei den Menschen in den Quartieren wirkten. „Das müssen wir fortführen und weiter stärken“, so Pfeiffer. „Wir werden auch weiter auf kleinräumige Maßnahmen und Angebote setzen. Erstens, weil sie helfen – nicht allen, nicht immer sofort, aber sie leisten ihren Beitrag. Zweitens, weil wir den Menschen Teilhabe ermöglichen wollen – eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben bei der Bearbeitung von Armutsfolgen. Und drittens zeigen diese Angebote den Menschen: Wir kümmern uns! Wenn Du willst, sind wir da, wir unterstützen, beraten, weisen Wege. Aus diesem Grund haben wir als SPD-Fraktion frühzeitig unseren Fokus auf die Quartiere gelegt, denn so kann und muss differenziert den vielfältigen und geballten Herausforderungen begegnet werden!“

Die Entstehung von Armut und die Verfestigung von Armutslagen sei außerordentlich komplex, von Wechselwirkungen gekennzeichnet und nur in Teilen vor Ort zu beeinflussen. „Und dennoch tun wir Vieles – der Bericht beschreibt das differenziert. Und wir tun das auf einer wertebasierten Grundlage“, sagte Pfeiffer und beschrieb diese zentralen

Werte: „Erstens: Wir verstehen uns als humanitäre Städte und schützen als solche Menschen vor Krieg, Terror und anderen Grausamkeiten, indem wir sie aufnehmen. Dabei ist uns bewusst, dass viele derer, die hier eine neue Heimat finden, eine lange Zeit brauchen, bis sie unabhängig von staatlicher Hilfe sind und bis sich Bildungschancen angleichen. Zweitens: Wir verpflichten uns in diesem Bundesland zu einer solidarischen Politik. Sie besteht darin, möglichst gut für diejenigen zu sorgen, die es aus unterschiedlichen Gründen schwer haben im Leben. Diese solidarische Politik zeigt sich in einem ordentlichen Hilfesystem, das diese Menschen berät, begleitet und unterstützt. Und wir als SPD-Fraktion sind nicht bereit diese Grundhaltungen unserer Politik aufzugeben. Wir bekennen uns zu Weltoffenheit, wir bekennen uns zu Humanität. Wir bekennen uns zu Solidarität. Wir bekennen uns dazu, Menschen umfassende Hilfen und Unterstützung zu bieten.“

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani, hob in ihrer Rede – wie zuvor auch schon Pfeiffer – die hohe Zahl der Menschen hervor, die arbeiten und gleichzeitig Transferleistungen beziehen müssen, weil ihre Löhne zum Leben nicht reichen. Die Anhebung des Bundesmindestlohns auf zwölf Euro sei ein richtiger Schritt und werde vielen dieser Menschen in Bremen und Bremerhaven helfen, sagte Heritani. „Er wird aber nicht in jedem Fall ausreichen, um gut leben zu können. Helfen können hier nur gute Tariflöhne, die auch in Teilzeit ein finanzielles Auskommen ermöglichen.“

Doch sei dies nicht die einzige Notwendigkeit. „Aus der Armutsfalle helfen nur bessere

Löhne und Qualifizierungen. Qualifizieren müssen wir sowohl Menschen ohne bezahlte Beschäftigung als auch berufsbegleitend. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft. Der Staat muss passende Qualifizierungen anbieten, gut beraten und begleiten. Die Wirtschaft muss Arbeitnehmer:innen aber auch berufsbegleitende Qualifizierungen ermöglichen“, sagte Heritani und betonte abschließend, dass der soziale Arbeitsmarkt für diejenigen erhalten werden müsse, die es nur schwer oder gar nicht auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen. Deswegen müsse das entsprechende Gesetz auf Bundesebene entfristet und der Teilnahmzeitraum verlängert werden.

„Neben den sozialen Aspekten steht natürlich die Frage der Beschäftigung im Mittelpunkt der Lebenslage in Bremen. Arbeit schafft Einkommen und Arbeit schafft gesellschaftliche Anerkennung. Deshalb müssen Gute Arbeit und Tarifbindung im Fokus bleiben“, sagte auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann – und nannte als ein positives Beispiel die Kooperation mit dem Umland in Achim-West. Amazon habe inzwischen 3000 Beschäftigte, 60 Prozent davon kämen aus Bremen und viele von ihnen hätten sogenannte Vermittlungshemmnisse. Stahmann: „Beschäftigung ist ein Schlüssel zur Verbesserung der Lebenslagen.“

„Ein Ausblick kann leider nicht positiv sein“, bekannte Birgitt Pfeiffer zum Abschluss ihrer Rede. „Die Pandemie hat soziale Ungleichheiten noch verstärkt. Was die Situation in der Ukraine noch bedeutet, kann niemand voraussagen. Wir werden also noch eine Menge zu tun haben, bei gleichzeitig knapper werdenden Mitteln.“



Ndzodo Awono betreibt Provenienzforschung im Schaumagazin des Übersee-Museums. Diese Forschung soll unter Einbeziehung von Vertreter:innen der Herkunftsgesellschaften weiter vorangetrieben werden.  
Foto: Übersee-Museum Bremen, Volker Beinhorn

## ANTRAG **GERAUBTE KULTURGÜTER** ERFORSCHEN UND ZURÜCKGEBEN

**Bremen soll sich stärker dafür engagieren, dass geraubte Kulturgüter aus kolonialen Kontexten an die Herkunftsgesellschaften und -staaten zurückgegeben werden. Das hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen. Dazu soll in einem ersten Schritt die Provenienzforschung unter Einbeziehung von Vertreter:innen der Herkunftsgesellschaften weiter vorangetrieben und die Erkenntnisse an die „Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“ weitergegeben werden. „Dabei geht es um viel mehr als nur um die Rückgabe“, sagte der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Elombo Bolayela, in seiner Rede. „Es geht um Gerechtigkeit für diejenigen, denen damals Unrecht angetan wurde. Und es geht um einen Umgang auf Augenhöhe zwischen den Völkern!“**

„Die Epoche des Kolonialismus gehört zu den verbrecherischsten Abschnitten der deutschen Geschichte“, sagte Bolayela. „Im Zuge der wirtschaftlichen Ausbeutung der Kolonien gab es auch einen breit angelegten Abtransport künstlerischer und kultureller Artefakte aus den außereuropäischen Herrschaftsgebieten. Viele Ausstellungsstücke, Kunstwerke und sakrale Kulturgegenstände wurden damals geraubt oder wechselten durch vertragliche Enteignung, selten auch durch Kauf, in neue Besitzverhältnisse.“

In der Folge seien in Deutschland und Europa eine Vielzahl volkskundlicher Museen entstanden, die einen rassistischen Blick auf diese Werke warfen.



Elombo Bolayela

„Die betreffenden Kulturen wurden damals, so wie bei anderen Anlässen, wie zum Beispiel Völkerschauen, als minderwertig und archaisch dargestellt. Dadurch sollte die vermeintliche kulturelle Überle-

genheit der europäischen Großmächte demonstriert werden. Und diese rassistischen Narrative prägen das europäische Denken zum Teil noch bis heute“, erklärte der Sozialdemokrat.

Nach der Kolonialzeit sei in den afrikanischen Ländern die Überzeugung aufgekommen, dass man nur dann stark für die Zukunft sein könne, wenn man die eigene Kultur kenne. Daraus sei die Forderung nach der Rückgabe geraubter Kunstwerke entstanden – eine Diskussion, die in Europa früh unter den Teppich gekehrt worden sei, in jüngster Zeit aber erfreulicherweise verstärkt geführt werde, sagte Bolayela und betonte: „Die Debatte über die koloniale Raubkunst in den Museen ist nicht zu trennen von der Debatte über koloniale Gewalt und den fortdauernden Rassismus in Europa. Deshalb ist es wichtig, die Debatte aus den Museen und dem kulturellen Kontext zu befreien. Denn letzten Endes geht es um viel mehr – nämlich um die Zukunft und die Frage: Wie wollen wir mit den Menschen, denen Unrecht angetan wurde, versöhnt leben? Wahre Versöhnung ist nur möglich, wenn sie auf Gerechtigkeit basiert!“

Im heute verabschiedeten Antrag gehe es daher nicht darum, die Bremer Museen zu leeren, sondern um einen Neuanfang mit der Geschichte von Besatzern und Besetzten. „Restitution bedeutet nicht, sich der Geschichte zu entledigen oder einen Schlussstrich zu ziehen, sondern wir sehen in der Frage der Restitution den Beginn eines neuen Umgangs miteinander“, betonte Bolayela. Es müsse darum gehen, dieses wichtige Thema auf Augenhöhe zu diskutieren. Und durch die Erfassung aller relevanten Kulturgüter aus Bremer Beständen und die Weiterleitung der entsprechenden Informationen werde die dafür notwendige Transparenz geschaffen.

Warum dies dringend nötig ist, machte Bolayela zum Abschluss seiner Rede mit einem Zitat der Feministin und Autorin Chimamanda Ngozi Adichie aus Nigeria deutlich: „Es braucht Mut, um die Folgen des Kolonialismus zu benennen und sich machtvollen, einseitigen Erzählungen ehemaliger Kolonialmächte entgegenzustellen. Es braucht Mut, darüber zu reden und denjenigen zuzuhören, die bisher nicht gehört wurden und um die einseitigen Geschichten durch andere Perspektiven zu komplettieren.“





## FRAGESTUNDE **LÖSCHSYSTEME FÜR BRENNENDE E-AUTOS**

Ein wichtiger Bestandteil der Verkehrswende ist der Umstieg von Verbrennern auf alternative Antriebsarten. Als eine der vielversprechendsten Lösungen im Bereich der Personenmobilität wird allgemein die Elektromobilität angesehen. Doch diese fortschrittliche Antriebsart soll auch gewisse Gefahren bergen, sollte ein solches E-Auto in einen Unfall verwickelt werden. Aus diffuser Angst vor massiven Schäden wurde E-Autos teilweise die Zufahrt in Tiefgaragen verwehrt – ein Verbot, das schließlich von Gerichten gekippt wurde.



Kevin Lenkeit

Dennoch stellt der Brand eines E-Autos die Feuerwehr vor andere Herausforderungen als Brände von klassischen Verbrennern. Diesem Thema widmete sich auch Kevin Lenkeit, innenpolitischer Sprecher

der SPD-Fraktion, in der Fragestunde des Landtags. Er wollte vom Senat wissen, wie oft Feuerwehren im Land Bremen seit 2018 zu Einsätzen im Zusammenhang mit E-Autos ausrücken mussten, wie die Feuerwehren auf das Löschen derartiger Brände vorbereitet sind und welche Vorgehensweise die Feuerwehren bei Kollisionen von E-Autos wählen.

„Einsätze im Zusammenhang mit Elektrofahrzeugen werden im Berichtswesen der Feuerwehren nicht differenziert erfasst“, so Innensenator Ulrich Mäurer für den Senat. Beide Feuerwehren im Land Bremen gingen von zwei bis drei Einsätzen im Jahr aus.

Die Brandbekämpfung erfolge auf Grundlage der gängigen Standards – also grundsätzlich mit großen Wassermengen. Zur Bekämpfung derartiger Brände gelte es, gewisse Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. „Die Bestandteile dieser Autos sind giftig, wenn sie brennen, da bei E-Autos grundsätzlich mehr Kunststoff verbaut wird als bei klassischen Verbrennern“,

so der Innensenator auf Nachfrage des Abgeordneten Lenkeit. „Daher ist Atemschutz wichtig, ebenso wie ein Abstand zum Brand, wegen der Elektronik“. Es gebe jedoch nicht die eine Patentlösung zur Löschung, so Mäurer. „Fest steht, dass man die Löschung den Fachleuten überlassen sollte“. Diese rücke dann auch mit speziellem Gerät an, wie einer Unterflur-Kühlung. „Die Feuerwehr hat eine Art riesigen Sprinkler dabei, die man unter das Fahrzeug schiebt, um den Akku zu kühlen“ – sollte sich dieser entzünden, bestünde die Gefahr des ‚thermal runaways‘, bei der sich die Akkuzellen in einer Art Kettenreaktion gegenseitig entfachen.

Eben jene Akkus seien auch der Grund dafür, warum ausgebrannte E-Fahrzeuge noch tagelang unter Bewachung stünden. Auf weitere Nachfrage bestätigte der Senator, dass es durchaus sinnvoll sei, die Hersteller bei der Entsorgung der ausgebrannten E-Autos mit in die Verantwortung zu ziehen – so, wie es bereits in der Chemieindustrie erfolge.